

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Thomas Hacker, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Olaf in der Beek, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Pascal Kober, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae und der Fraktion der FDP

ERASMUS+ im Westbalkan

Gastarbeiterabkommen in den 1950er Jahren und die blutigen Konflikte in den 1990er und frühen 2000er Jahren auf dem Gebiet der ehemaligen Republik Jugoslawiens führten zur Migration von tausenden Menschen aus den Ländern des Westbalkan nach Deutschland. Heute leben rund 77 000 Staatsangehörige aus den Ländern des Westbalkan in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Migrationsbericht Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – BAMF – 2016/17, www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2016-2017.pdf?__blob=publicationFile). Durch eine angespannte Arbeitslage und schlechte Zukunftsperspektiven für die eigene Jugend hält die Abwanderung an. Dies hat viele negative Folgen. Der Mangel an Fachkräften führt zum Beispiel dazu, dass potentiell Investitionen, um die Wirtschaft der Länder zu stärken, ausbleiben. Seit 1. Januar 2019 ist die Republik Serbien offizielles ERASMUS+-Programmland und somit nach Nordmazedonien das zweite Land des Westbalkans, das diesen Status erhält. Die übrigen Länder des Westbalkans, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Montenegro, sind Partnerländer von ERASMUS+. ERASMUS+ ermöglicht einen Wissenstransfer nicht nur im Bereich der universitären Bildung, sondern auch im Bereich der Berufsbildung und kann so einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den negativen Auswirkungen des sogenannten Brain-Drains in den Ländern des Westbalkans entgegenzuwirken und so insgesamt zur Sicherung der Stabilität in der Region beitragen.

Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien, werden im Folgenden als Westbalkan bezeichnet.

Für die Durchführung und Koordinierung des ERASMUS+-Programms in Deutschland ist der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), der u. a. durch Mittel des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung finanziert wird, zuständig. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) übernimmt der DAAD die Rolle als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit (www.daad.de/der-daad/unsere-aufgaben/aufgaben/de/39157-nationale-agentur-fuer-eu-hochschulzusammenarbeit/).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Auszubildende, Studierende und Schülerinnen und Schüler mit deutscher Staatsangehörigkeit nahmen in den Jahren 2014 bis 2018 nach Kenntnis der Bundesregierung am Programm ERASMUS+ im Westbalkan teil (bitte nach Studierenden, Menschen in beruflicher Ausbildung und Menschen an allgemeinbildenden Schulen sowie Jahren und Zielländern aufschlüsseln)?
2. Wie viele Auszubildende, Studierende und Schülerinnen und Schüler mit Staatsangehörigkeit aus dem Westbalkan nahmen in den Jahren 2014 bis 2018 nach Kenntnis der Bundesregierung am Programm ERASMUS+ in Deutschland teil (bitte nach Studierenden, Menschen in beruflicher Ausbildung und Menschen an allgemeinbildenden Schulen sowie Jahren und Herkunftsländern aufschlüsseln)?
3. Wie viele Auszubildende, Studierende und Schülerinnen und Schüler mit Staatsangehörigkeit aus dem Westbalkan nahmen in den Jahren 2014 bis 2018 nach Kenntnis der Bundesregierung am Programm ERASMUS+ insgesamt teil (bitte nach Studierenden, Menschen in beruflicher Ausbildung und Menschen an allgemeinbildenden Schulen sowie Jahren und Zielländern aufschlüsseln)?
4. Wie viele Auszubildende, Studierende und Schülerinnen und Schüler mit Staatsangehörigkeit aus ERASMUS+ Programm- oder Partnerländern nahmen nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen den Jahren 2014 und 2018 am Programm ERASMUS+ im Westbalkan teil (bitte nach Studierenden, Menschen in beruflicher Ausbildung und Menschen an allgemeinbildenden Schulen sowie Jahren und Zielländern aufschlüsseln)?
5. Welche fünf Hochschulen in Deutschland hatten nach Kenntnis der Bundesregierung die meisten Studierenden aus dem Westbalkan über ERASMUS+ in den Jahren 2017 und 2018?
6. Welche fünf Hochschulen im Westbalkan hatten nach Kenntnis der Bundesregierung die meisten Studierenden aus Deutschland über ERASMUS+ in den Jahren 2017 und 2018?
7. Welche fünf Hochschulen im Westbalkan hatten nach Kenntnis der Bundesregierung insgesamt die meisten Studierenden über ERASMUS+ in den Jahren 2017 und 2018?
8. Wie viele Forscher aus dem Westbalkan arbeiten derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung an deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen (bitte nach Herkunftsland aufschlüsseln)?
9. Wie viele deutsche Forscher arbeiten derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung an Universitäten im Westbalkan (bitte nach Zielland aufschlüsseln)?
10. Welche Länder des Westbalkan haben nach Kenntnis der Bundesregierung bereits beantragt, vollwertige Programmländer von ERASMUS+ zu werden?
11. In welchem Zeitrahmen ist nach Ansicht der Bundesregierung damit zu rechnen, dass die gegebenenfalls in der Antwort zu Frage 10 genannten Länder vollwertige ERASMUS+-Programmländer werden?

12. Welche übrigen Länder planen nach Kenntnis der Bundesregierung die Bewerbung für die vollwertige Mitgliedschaft im ERASMUS+-Programm?

Berlin, den 7. Juni 2019

Christian Lindner und Fraktion

